

Bildungs
Kongress



Gemeinsam für #Zukunft Bildung

Ein Forderungspapier der deutschen Lernenden
im Namen der Bundesschülerkonferenz

Vorwort

Unser Bildungssystem steht vor riesigen Herausforderungen: Seit der Pandemie haben immer mehr Lernende mit Zukunftsängsten, Stress und Depressionen zu kämpfen - 40% der Lernenden leiden aufgrund von zu hohem Stress unter psychischen Belastungen. Deutsche Schulen sind nicht ausreichend digitalisiert, wir arbeiten mit Tafelkreide statt Whiteboardstiften. Der Fachkräftemangel trifft auch das Klassenzimmer: Lehrkräfte, Sozialarbeitende und Schulpsychologen fehlen, mit ihnen auch ausreichende Unterstützung für Lernende. Unterrichtet wird wie vor 50 Jahren, wir setzen auf verstaubte statt innovative Unterrichtsmethoden. Rechtsextremismus und Diskriminierung machen vor Schultoren keinen Halt und führen zu Gewalt auf dem Pausenhof. Aufstieg durch Bildung? Von wegen, der sozioökonomische Hintergrund bestimmt noch immer den Bildungserfolg.

Diese Liste könnte nahezu endlos fortgesetzt werden, aber es steht fest: Wir stecken tief in einer Bildungskrise, aktuell läuft einiges massiv schief und in den zentralen Bereichen einer modernen Bildungspolitik hängt Deutschland dramatisch hinterher.

Immer wieder werden neue Arbeitsgruppen, Gesetzesentwürfe, Maßnahmenpakete oder Finanztöpfe vorgestellt, die uns aus dieser Lage befreien sollen. Eine Gruppe, die dabei aber fast gar nicht beachtet wird, eine Perspektive, die dabei nicht gehört wird, ist die der fast 9 Millionen Lernende in unserem Land. Während Ministerien und Verbände fleißig vor sich hin maßnahmen, stellt sich niemand die Frage, was eigentlich Lernende, die von diesen Entscheidungen am meisten betroffen werden, wollen. Schülervertretungen sind nicht dafür da, um Nikolausaktionen und Kuchenstände zu betreiben und für Abikassen zu sammeln, sondern um Bildungspolitik durch Interessensvertretung aktiv mitzugestalten. Eine echte Bildungswende erreichen wir nur, wenn alle Beteiligten gemeinsam an einem Strang ziehen - und da sollten Lernende ganz vorne mit dabei sein.

Um den vielen Lernenden in unserem Land Gehör zu verschaffen, Ideen zu bündeln und Bildung ganz neu zu denken, lud die Bundesschülerkonferenz vom 20. bis 22. Oktober Lernende aus ganz Deutschland zum Bildungskongress 2023 nach Berlin ein. Drei Tage lang nahmen sie an Workshops, Debatten und Diskussionen teil, vernetzten sich und tauschten sich über ihre Vision von Schule aus. Politiker, Bildungsverbände und Jugendorganisationen brachten ihre Perspektiven in diesen Austausch mit ein. Dieses Forderungspapier ist das Ergebnis. Es entstand unter Mitwirkung von mehr als dreihundert Lernenden basierend auf dem Grundsatzprogramm der Bundesschülerkonferenz und fordert eine radikale Bildungswende von den politisch Verantwortlichen.

1. Effektive Digitalisierung

Der Ausbau digitaler Infrastruktur an Schulen muss drastisch beschleunigt werden. Mehr Tempo geht nur mit weniger Bürokratie. Vor allem regionale Ungleichheiten und Standortunterschiede müssen behoben werden. Zeitgleich muss digitale Kompetenz gleichwohl von Lehrkräften, Lernenden, aber auch Eltern erlernt werden.

2. Konsequenz gegen Lehrkräftemangel

Guter Unterricht braucht ausreichend Lehrkräfte. Die Bundesländer sollten nicht um Personal konkurrieren, sondern gemeinsam an einer pragmatischen Lösung arbeiten: Neben Übergangslösungen muss dazu der Beruf attraktiver gestaltet, das Lehramtsstudium reformiert und die Entlastung von Verwaltungsaufgaben umgesetzt werden.

3. Unterricht grundlegend neudenken

Schulen brauchen die notwendige Freiheit moderne Unterrichtsmethoden einzusetzen. Hier betonen wir vor allem weniger Frontalunterricht, andere Unterrichtszeiten und politische Bildung, die Demokratie stärkt und erlebbar macht.

4. Schule für alle: Inklusion und Chancengerechtigkeit

Barrierefreie Zugänge, inklusiver Unterricht und Chancen unabhängig vom sozioökonomischen Hintergrund: Bildungspolitik soll unterschiedliche Voraussetzungen ausgleichen. Heute mehr denn je muss Bildung für jeden ermöglicht werden – klar ausgerichtet gegen jegliche Form der Diskriminierung und des politischen Extremismus.

5. Lernen fürs echte Leben

Berufsbildung ist ein zentraler Bestandteil lebensvorbereitender Schule. Dies gelingt insbesondere durch aktive Informationsveranstaltungen, hochqualitative Praktika und integrierte Berufsberatung. Dafür braucht es viel stärkere Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und Respekt vor allen Abschlüssen sowie Berufswegen.

6. Stärkerer Fokus auf mentale Gesundheit

Durch Pandemie und weitere Krisen sind Lernende hoher psychischer Belastung ausgesetzt. Schule darf vor diesem Hintergrund kein weiterer Belastungsfaktor werden, sie muss stattdessen bei der Bewältigung unterstützen. Die Schulpsychologie muss weiter institutionalisiert und mit neuen Stellen ausgestattet werden; auch hier muss der Fachkräftemangel angegangen werden.

7. Gemeinsam für die Zukunft der Bildung

Wir fordern Bund und Länder auf, Bildung als parteiübergreifende Gemeinschaftsaufgabe zu betrachten, neue Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln und ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, um allen Lernenden Deutschlands den Zugang zu bester Bildung zu ermöglichen. Die Politik muss das Versprechen vom Aufstieg durch Bildung verwirklichen und bundesweit gerechte Voraussetzungen zu schaffen.

Effektive Digitalisierung



Notwendige digitale Infrastruktur schaffen

An vielen Schulen bundesweit fehlt es derzeit an notwendiger digitaler Infrastruktur. Vor allem mangelt es vielerorts an Kommunikationsmöglichkeiten. Es muss in Zukunft gewährleistet sein, dass ausnahmslos alle Lernenden digital erreicht werden und digital am Unterricht teilhaben können. Des Weiteren müssen Voraussetzungen, wie beispielsweise eine Internetverbindung und Lademöglichkeiten für alle Lernenden, zur Verfügung stehen. Außerdem müssen zielgruppengerechte Ansprechpartner an jeder Schule vor Ort zur Verfügung stehen, damit die Lehrkräfte entlastet werden und die Digitalisierung an den Schulen vorangetrieben werden kann. Die Coronakrise und die damit verbundenen Schulschließungen haben die bereits bestehenden Probleme der digitalen Infrastruktur an den Schulen der Bundesrepublik Deutschland verstärkt und aufgezeigt. In Bezug auf die Finanzierung des Digitalisierungsprozesses dürfen soziale Ungerechtigkeiten nicht verstärkt werden. Die Beantragung der Mittel für die Anschaffung von Endgeräten muss unbürokratisch, unkompliziert und effizient gestaltet werden, um die Betroffenen schnellstmöglich unterstützen zu können.

Der digitale Ausbau muss mit einer Modernisierung der Schulgebäude einhergehen. Deshalb soll es finanzielle Mittel für die Instandsetzung von Klassenzimmern und Lernorten sowie die Bereitstellung von WLAN geben. Wir fordern eine Priorisierung von Schulen beim Ausbau des bundesweiten Glasfasernetzes und die Schaffung eines Fördertopfes des Bundes, um die Glasfaserausstattung von Schulen zu großen Teilen zu finanzieren. Die Breitbandanbindung hängt in den ostdeutschen Flächenländern, zudem stärker hinterher als in den westdeutschen Flächenländern. Im Sinne gleichwertiger Bildung braucht es hier ein besonderes Augenmerk. Der Bund soll daher ein Zusatzprogramm für die Förderung des schnellen Glasfaseranschlusses der Schulen in den ostdeutschen Flächenländern bereitstellen. Das sind Grundvoraussetzungen für den erfolgreichen Ausbau der Digitalisierung.

Digitalisierung beinhaltet mehr als nur Endgeräte

Es müssen Medienpädagogen und Fachkräfte mit dem relevanten Know-How vermehrt ausgebildet und Stellen bereitgestellt werden, um den Umgang mit Medien und den entsprechenden digitalen Endgeräten nachhaltig gestalten und vermitteln zu können.

Um jeder Schule die Möglichkeit zu geben, die Digitalisierung bestmöglich und auf ihre Voraussetzungen abgestimmt voranbringen zu können, sollte jede Schule ein eigenes

Medienkonzept, basierend auf dem Rahmenkonzept des jeweiligen Bundeslandes, entwickeln. Die gesamte Schulgemeinschaft soll bei der Erarbeitung der Medienkonzepte einbezogen werden. Die Schulen sollen bei der Entwicklung der Medienbildungskonzepte unterstützt werden, um vor allem die Lehrkräfte nicht weiter zu überlasten. Digitale Bildung ist eine essenzielle Kernkompetenz, die moderne Schule ausmacht. Zur Förderung dieser Kernkompetenz ist die zugehörige Infrastruktur zwingend notwendig. Nach dem Digitalpakt-Schule sind immer noch Lücken in der Infrastruktur gerade in strukturschwachen Regionen erkennbar. Es ist deswegen wichtig, diese erneut zu unterstützen, damit die digitale Ausstattung nicht vom Schulstandort abhängig ist. Ein zweites Programm, mindestens in der Höhe des ersten Digitalpaktes, welches vollständig aus Bundesmitteln finanziert wird, ist ein guter Beitrag, um das Problem gerade in strukturschwachen Kommunen zu bekämpfen.

Medienbildung für alle Beteiligten

Damit der Umgang mit digitalen Endgeräten und Medien reibungslos und sicher ablaufen kann, ist auch die entsprechende Kompetenz im Umgang mit diesen erforderlich. Dazu braucht es eine verpflichtende Implementierung von Medienbildung und Kompetenzvermittlung für Lernende in die Lehrpläne. Hierbei soll der fachgerechte Umgang mit den Endgeräten bei einem dem Alter entsprechend eingeschränkten Funktionsumfang erlernt werden. Im Umgang mit digitalen Lernmedien muss der pädagogische Fokus auf der Kombination aus digitaler und analoger Medienverwendung gelegt werden. Auch die sozialen Kompetenzen dürfen dabei keinesfalls außer Acht gelassen werden.

Die Nutzung von digitalen Endgeräten sollte einen umfangreichen Bestandteil im Unterricht einnehmen. Auch eine digitale, schulartübergreifende Lernplattform ist hierfür eine gute Methode. Hier sollte nach Möglichkeit auf in den Bundesländern bereits etablierte Systeme zurückgegriffen werden.

Die Umsetzung der Visionen einer digitalen Schule von morgen kann nicht mit der Infrastruktur von gestern gelingen. Digitalisierung darf nicht am Schultor enden, sondern soll unerlässlich im Schulgebäude weitergehen. Digitale Kompetenz muss gleichwohl von Lehrkräften, Lernenden, aber auch Eltern erlernt und der Prozess mitgestaltet werden. Es soll verpflichtende schulinterne Fortbildungen im Bereich der Medienkompetenz und deren Vermittlung für Lehrkräfte geben. Hierbei ist darauf zu achten, dass alle Lehrkräfte ohne große bürokratische Aufwände, finanziell unterstützt und vor Ort Möglichkeiten bekommen, weitreichende digitale Kompetenzen zu erlernen. Hierbei braucht es eine Zusammenführung aus dem Vorhandensein von Endgeräten und der Kompetenz, diese zielorientiert nutzen zu können.

Konsequent gegen Lehrkräftemangel



Möglichkeit auf Teilzeitarbeit erhalten

Die Wichtigkeit der Teilzeitarbeit als bedeutenden Attraktivitätsfaktor für den Lehrkräfteberuf, der bei der Einschränkung von Teilzeitarbeit wegfallen und somit das Nachwuchskräfteproblem weiter verschärfen würde. Maßnahmen, die eine Mehrbelastung für Lehrkräfte darstellen, betrachten wir als problematisch. Damit eine effektive Lösung erzielt werden kann, muss eine Balance zwischen kurz- und mittelfristigen Maßnahmen, aber auch langfristige Maßnahmen, wie die Förderung einer verstärkten Ausbildung von Lehrkräften, gefunden werden.

Anreize, um pensionierte Lehrkräfte zurückzuholen

Es sollen Anreize geschaffen werden, die ältere Lehrkräfte motivieren sollen, aus dem Ruhestand zurückzukehren, um in Hausaufgabenbetreuungen, Vertretungsstunden oder Nachhilfestunden eingesetzt werden. Diese Maßnahmen würden einen Beitrag dazu leisten, den Bedarf an Lehrkräften kurzfristig zu überbrücken. Auf lange Sicht ist es jedoch weit wichtiger, den Lehrberuf attraktiver zu gestalten.

Keine Erhöhung der Klassenstärken

Eine Erhöhung der Maximalgröße in Klassen ist eine Maßnahme, die viele negative Folgen mit sich zieht. Gerade aus pädagogischer Sicht ist diese Maßnahme nicht vertretbar, da viele Lernende individuelle Betreuung brauchen. Zudem würden Lehrkräfte weiter belastet und der Leistungsdruck auf Lernende vergrößert werden.

Erleichterte Einstellung von Personal

Anreize zur befristeten Beschäftigung an anderen Schulen, wo Personalnot herrscht und ein zusätzlicher Einsatz von nicht-pädagogischem Personal in Verwaltung, IT oder Bibliotheken werden als sinnvoll erachtet, zusätzlich könnten Länder verschiedene Programme initiieren, um Personal für den Verwaltungsbereich zu finden. Auch schulintern können Lernende bei technischen Fragen aushelfen. Zusätzlich sollte der Quereinstieg in den Lehrberuf erleichtert werden.

Hybrid-Unterricht in der Oberstufe

Wir erachten Hybridunterricht, wie er bisher durchgeführt wurde, als keine vergleichbare Alternative zum Präsenzunterricht. Die Pandemie hat gezeigt, dass Lernende Präsenzunterricht benötigen. Auch an einer nicht ausreichenden Digitalisierung beziehungsweise mangelnden Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien von Seiten der Lehrkräfte, die dafür nötig wären, könnte Hybrid-Unterricht scheitern. Zudem könnten Ministerien diese Maßnahme generell als Möglichkeit sehen, Lehrpersonal einzusparen - was wir aus pädagogischer Sicht als nicht vertretbar erachten.

Fokus auf pädagogische Arbeit und multiprofessionelle Teams

Lehrkräfte sollten sowohl im Unterricht wie auch außerhalb des Unterrichts von multiprofessionellen Teams unterstützt werden. Diese Teams sollten nach Bedarf aus Schulsozialarbeitenden, Schulverwaltungskräfte, Sonderpädagogen oder IT-Fachpersonen bestehen. So können sich Lehrkräfte auf qualitativ hochwertigen Unterricht konzentrieren, während andere Aufgaben von dazu ausgebildeten Fachkräften erledigt werden.

Unterricht grundlegend neu denken



Neue Lernmethoden ermöglichen

Frontalunterricht darf auf keinen Fall die dominierende Form des Unterrichtes sein. Wir weisen hierbei auf neue Unterrichtsformate in anderen Ländern hin, welche bereits Erfolge in Studien gezeigt haben. Der Aufbau von Modellschulen kann eine geeignete Möglichkeit darstellen, um solch neue Konzepte und Methoden des Lernens in größerem Maße zu testen. Hierbei kann den Schulen der entsprechend benötigte Handlungsspielraum zugesprochen werden, um diese neuen Möglichkeiten unabhängig zu implementieren. Auch das Abweichen von der klassischen 45 Minuten Stunde stellt eine Möglichkeit zur alternativen Unterrichtsgestaltung dar.

Der Politikunterricht von Morgen

Politik muss Pflichtschulfach in der Sekundarstufe I werden. Politische Bildung ist wichtig und wirkt der Politikverdrossenheit entgegen. Zudem ist die Stimme von Jugendlichen essentiell für das aktuelle Politikgeschehen und sollte daher, eben durch Politik als Pflichtschulfach, gestärkt werden. Die Komplexität der Politik ist ein zentraler Grund für die allgemeine Politikverdrossenheit der Lernenden und Jugendlichen. Die Art und Weise, wie Politik heutzutage publiziert wird, empfinden wir als jugendfern. Die Politikverdrossenheit wird noch einmal dadurch verstärkt, dass sich der politische Unterricht vorwiegend mit politischen Theorien (Strukturen, Historien und Ideologien) auseinandersetzt. Aus diesem Grund setzen wir uns für einen spannenden und ansprechenden Politikunterricht ein, der sich auch mit aktuellen Ereignissen in gerechter Art und Weise befasst. Dies wird unserer Meinung nach durch die Einbeziehung von zusätzlichen jugendfreundlichen Materialien, wie zum Beispiel dem Wahl-O-Mat erreicht. Hierbei ist eine reflektierte Betrachtung der Materialien vonnöten, um den qualitativen Erhalt des Unterrichtes zu gewährleisten.

Möglichkeiten der Partizipation für Lernende

Die Lernenden müssen im Rahmen des Politikunterrichts über die Partizipationsmöglichkeiten, zum Beispiel die Rechte ihrer Vertretungen, auf allen Ebenen ausreichend informiert werden. Leider ist es auch keine Seltenheit, dass Lehrkräfte fachfremd unterrichten, was zur Folge hat, dass der Unterricht noch weiter qualitativ leidet. Eine ständige Evaluation und Optimierung des Unterrichtes im Fachbereich Politik in Form von Fortbildungen der Lehrkräfte und Aktualisierung der Curricula betrachten wir als sinnvoll. Zugleich soll ein Fokus auf die Partizipationsmöglichkeiten und die demokratische Erziehung der Lernenden gelegt werden.

Die methodische Ausgestaltung wäre unter anderem mittels Planspiele und Podiumsdiskussionen (auch mit politischen Parteien) von uns zu empfehlen. Die Lehrkräfte sollen hierbei einen methodisch

und didaktisch vielfältigen Unterricht gestalten, um die operativen und rhetorischen Kompetenzen der Lernende zu fördern und zu verbessern. Diese können auch mittels Durchführung von Diskussionen im Unterricht und Vorbereitung von Referaten seitens der Lernenden praktisch erlernt und verbessert werden. Ein weiteres Problem, welches einem realitätsbezogenen Unterricht entgegensteht, ist, dass ein ständiger Austausch zwischen Lernenden und Politik von einzelnen Kultusministerien untersagt wird. Damit ein praxisorientierter Politikunterricht erteilt werden kann, sollen die für die Ressorts Bildung und Schule zuständigen Landesbehörden die notwendigen Impulse setzen, damit dieser Austausch auch juristisch legitimiert wird.

Demokratie kann nur erlernt werden, indem sie auch gelebt wird. Deshalb soll es eine flächendeckende Einführung eines drittelparitätisch besetzten Schulparlamentes oder einer Schulkonferenz geben. Viele Bundesländer gehen hier schon mit gutem Beispiel voran, dennoch besteht in einigen Ländern Nachbesserungsbedarf. Da Partizipation jedoch nicht nur in schulinternen Gremien erfolgt, sondern auch durch öffentlichkeitswirksame Aktionen wie die Teilnahme an Demonstrationen zu bildungspolitischen Themen, können sowohl inner- als auch außerhalb der Schulzeit keine Repressalien für die Lernenden von Seiten der für Bildung und Schule zuständigen Behörden und Institutionen zur Folge haben.

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Befasst man sich mit Nachhaltigkeit und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), arbeitet man mit drei verschiedenen, sich untereinander beeinflussenden Aspekten, dem ökologischen, dem ökonomischen und dem sozialen. Bei der Bildung für nachhaltige Entwicklung soll der Fokus nicht nur auf das Individuum, sondern auch auf die strukturelle, globale und institutionelle Ebene eingegangen werden. Alle möglichen Ressourcen müssen genutzt werden, um Nachhaltigkeit an Bildungsinstitutionen zu vermitteln. Schule ist eine zentrale Sozialisationsinstanz, also ein Ort, in dem man zu einem aufgeklärten, eigenständigen und kritisch denkenden, mündigen Mitglied der Gesellschaft werden soll. Dazu gehört, den Lernenden zu vermitteln, wie Informationen ausgewertet werden und die gewonnenen Erkenntnisse zu hinterfragen, um daraus logische Schlussfolgerungen zu ziehen. Hierzu ist es notwendig, die Lehrpläne aller Fächer auf die Vermittlung zu einem stärkeren Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung hin anzupassen. Alle Lernenden sollten die Möglichkeit und den Raum erhalten, sich frei, individuell und selbstständig zu entwickeln. Auch im Schulalltag kann durch praxisorientiertes Arbeiten, zum Beispiel in Projekten, den Lernenden nahegebracht werden, wie nachhaltiges Handeln einen Gewinn für die Allgemeinheit darstellen kann. Einen guten Ansatz für die Vermittlung von Nachhaltigkeit durch diese Form des Arbeitens verdeutlichen in unserer Schullandschaft bereits einige Modellschulen für BNE sowie einige berufsorientierte Schulen.

Die Lernenden sollen durch Partizipation in einem demokratischen Umfeld aufwachsen und sich dabei intensiv mit den Themenfeldern Beschaffung und Konsum, aber auch mit nachhaltigem Wirtschaften und Produktion auseinandersetzen, um im späteren Leben einerseits nachhaltig wirken und handeln zu können, aber auch in der Lage zu sein etablierte Strukturen hinterfragen zu können. Um diese Partizipation auch umsetzen zu können, muss allen Schulen mehr Freiraum für Planungen und Umsetzungen von nachhaltigen Projekten gegeben werden.

Bildung für nachhaltige Entwicklung und Nachhaltigkeit selbst sind Grundpfeiler demokratischer Partizipation und gesellschaftlichen Fortschritts. Wir sehen sie als Notwendigkeit für eine bessere Bildung und eine zukunftsfähige Gesellschaft an.

Schule für alle: Inklusion und Chancengerechtigkeit



Gelebte Inklusion und faire Chancen

Alle Lernenden sollen eine faire Möglichkeit haben, ihren gewünschten Abschluss zu erreichen. Es ist wichtig, das Bewusstsein zu schaffen, dass ein Abschluss allein nur bedingt einen Überblick über die gesamten Kompetenzen einer Person ermöglicht. Weitere essentielle Kompetenzen werden von den jetzigen Abschlüssen nur teilweise abgebildet, stellen aber einen genauso wichtigen Bestandteil gelungener Bildung dar.

Ein binnendifferenziertes Lernen an Schulen ist ein wichtiger Bestandteil eines Schulsystems, um das Themengebiet „Bildungsgerechtigkeit“ gezielt anzugehen. Es ist ein guter Ansatz, wenn Klassen jahrgangsstufenübergreifend und binnendifferenziert gemeinsam lernen, da sich dadurch die Lernenden gegenseitig unterstützen können. Voraussetzung dafür sind existierende und gut ausgearbeitete Konzepte. Der Begriff Inklusion wird leider im öffentlichen Diskurs oft als reines Schlagwort verwendet, ohne dabei inhaltlich auf das Thema einzugehen. Die Inklusion an Schulen ist grundsätzlich erstrebenswert, jedoch muss diese immer von pädagogisch wertvollen Konzepten begleitet werden.

Flächendeckende Barrierefreiheit

Um vollumfängliche Inklusion an Schulen zu ermöglichen, sollten alle Schulen barrierefreie, erreichbare Behindertentoiletten vorweisen können. Barrierefreiheit an Schulen ist leider nach wie vor ein nicht beachtetes Thema mit großem Nachholbedarf. Beginnend bei großen bürokratischen Hürden, wie beim Beantragen und Organisieren von Schultransportern, bis hin zum nicht möglichen Zugang zur Schule aufgrund fehlender Barrierefreiheit. Für viele Lernende bedeutet dies ein kurzzeitiges Aussetzen der schulischen Laufbahn, ein Wechsel der Schule oder gar einen Abbruch. Die Möglichkeiten, weiterhin auf der besuchten Schule zu bleiben, liegen aktuell oftmals noch am Willen der Schulleitungen. Auch fehlen Anlaufstellen zur Unterstützung bei der Findung von Lösungen für kurz- oder langfristige Probleme beziehungsweise Hilfe beim Bewältigen der bürokratischen Hürden. Gerade in einem Land mit Schulpflicht sollten körperlich beeinträchtigte Personen dieselben Chancen und Möglichkeiten besitzen.

Gegen Bildungsrrassismus - keine Segregation an deutschen Schulen

Um für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen, muss die Segregation von Lernenden nach sozialen Milieus beendet werden. Insbesondere in großen Städten kommt es durch die Einteilung der Einzugsgebiete von Schulen zur Trennung verschiedener gesellschaftlicher Klassen. Dieser Zustand trägt zur Manifestierung sozialer Disparitäten bei und muss zum Beispiel durch Projektstage oder anderweitige Veranstaltungen, die zum Austausch zwischen verschiedenen Schulen beitragen, beendet werden. Hierzu sollen insbesondere die Kultusministerien der Länder dieser Thematik mehr Aufmerksamkeit widmen und im direkten Austausch mit betroffenen Schulen Lösungen für etwaige Unterschiede in den Kommunen finden.

Bekämpfung von Diskriminierung

Wir fordern die Bundeszentrale für politische Bildung dazu auf, die Bildung über strukturelle Diskriminierung zu fördern. Dies sollte sie im Rahmen von freiwilligen, kostenlosen Fortbildungen für Lehrkräfte und Workshops für Lernende tun. Diese Angebote sollen dazu dienen, die Teilnehmenden über strukturelle Diskriminierung in der Gesellschaft und der Schule aufzuklären und die Lehrkräfte dazu zu befähigen diese ihren Lernenden durch fundierte Methoden zu vermitteln. Mittelfristig muss das Ziel sein, dass über die Bundeszentrale für politische Bildung jede Schule Zugang zu entsprechenden, vom Bund bezahlten Unterstützungsangeboten erhält. Der Bund hat der BpB dazu dauerhaft verlässliche Haushaltsmittelansätze zur Verfügung zu stellen, Kürzungen der Mittel lehnen wir entschieden ab.

(Rechts-)Extremismus entgegenwirken

Um Rechtsextremismus innerhalb von Schulen zu verhindern und einzudämmen, ist eine Stärkung der Schulsozialarbeit essenziell. Initiativen gegen Rechtsextremismus wie zum Beispiel "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" oder "Demokratie Leben" sind ausdrücklich unterstützenswert. Die Finanzierung solcher Projekte soll durch den Bund erfolgen. Die Mittel für demokratiefördernde Projekte in Schulen sollten daher im Bundeshaushalt erhöht werden. Der Bund soll den Ländern zudem mehr Geld zur Förderung und Unterhaltung von Gedenkstätten zur Verfügung stellen, damit diese mehr Ressourcen in Bildungsarbeit investieren können.

Lernen fürs echte Leben



Berufsorientierung inner- und außerhalb von Schulen

Berufliche Bildung und Berufsorientierung stellen das Fundament des weiteren Lebenswegs nach dem Schulbesuch dar. Lernende aller Schularten in Deutschland sollten obligatorisch an verschiedenste Berufsfelder herangeführt werden. Daher ist es wichtig, verpflichtende Praktika für Lernende in unterschiedlichen Ausführungen durchzuführen.

Wir empfehlen mindestens zwei verpflichtende 3-wöchige Praktika. Lernenden soll es des Weiteren ermöglicht werden, weitere Praktika freiwillig zu absolvieren. Praktika zur Berufsorientierung sollen von ihrer Ausrichtungsart im Rahmen des Jugendschutzes, sowie im Einvernehmen mit den Erziehungsberechtigten nicht beschränkt sein. Der Bund soll allen Betrieben, die Praktika anbieten, finanzielle Aufwandsentschädigungen leisten. Schulen sollen Berufsberatende der Bundesagentur für Arbeit zugeordnet werden. Außerdem sollen Lehrkräfte Fortbildungen zum Thema Berufsberatung erhalten, um Lernende darüber aufklären zu können.

Jedes Jahr sollen Lernende ab der 9. Klasse mit entweder Berufsberatenden der Bundesagentur für Arbeit oder berufsbildenden Lehrkräften ein 20-minütiges individuelles Beratungsgespräch führen. Dabei sollen Stärken, Talente und Interessen evaluiert und mögliche Berufswege aufgezeigt werden. Einmal im Jahr soll ein längeres berufsberatendes Gespräch auch im Klassenverbund stattfinden. Des Weiteren sollen Lernende keine Fehlstunden oder andere Benachteiligungen dafür erhalten dürfen, wenn sie Berufsinformationsveranstaltungen besuchen.

In der Schule selbst soll eine Vor- und Nachbereitung sowie eine Evaluation der jeweiligen Praktika stattfinden. Lernende sollten die Gelegenheit zum Austausch der gesammelten Erfahrungen bekommen, um voneinander profitieren und lernen zu können. Somit können sie als Multiplikatoren den Eindruck und die damit einhergehenden Kenntnisse über unterschiedliche Berufe und Berufsfelder untereinander austauschen und die Durchführung von Praktika nachhaltig gestalten.

Beziehungen zu Akteuren der beruflichen Bildung stärken

Um eine praxisnahe Berufsorientierung sicherzustellen, soll es regelmäßige und auf die Bedürfnisse der jeweiligen Schule angepasste Vernetzungstreffen zwischen Vertretern aus der Schulgemeinschaft und Vertretern der regionalen und überregionalen Wirtschaft, sowie weiteren Akteuren des gesamten Feldes der Beruflichen Orientierung geben.

An weiterführenden Schulen in Deutschland sollte eine Funktionsstelle eines Koordinators für Berufliche Orientierung etabliert werden. Diese sollte den Lernenden die Möglichkeit geben, individuelle Gespräche zu führen, um auf die einzelnen Interessen und Anliegen dieser einzugehen und sie bedürfnisbezogen zu beraten.

Schulart- und fächerübergreifende Berufsorientierung fördern

Es soll eine verstärkte Implementierung von Praktika mit Ausbildungsbezug an weiterführenden Schulen mit dem Ziel des allgemeinen Hochschulabschlusses geben. Dies muss schon in der anfänglichen Schullaufbahn der weiterführenden Schulen, spätestens jedoch in der Sekundarstufe II stattfinden, sodass sich die Lernenden schon frühzeitig einen Überblick über Ausbildungsberufe und akademische Berufe verschaffen können. Zugleich müssen jedoch auch Lernende von weiterführenden Schulen, die die allgemeine Hochschulreife nicht anstreben, neben Ausbildungsberufen, ebenfalls über die Erfahrungen und Perspektiven von akademischen Berufen unterrichtet werden. Somit kann Berufliche Orientierung unabhängig vom Schulabschluss praktiziert und gelebt werden und die Bedeutung der Ausbildungsberufe wieder eine größere Wichtigkeit erlangen.

Neben den schulartübergreifenden Angeboten zur beruflichen Orientierung muss auch ein vielfältiges Spektrum für schulische Praktika zur Verfügung stehen. Lernende sollen einen breitgefächerten und weitreichenden Einblick in die berufliche Praxis erlangen, um anhand der gesammelten Erfahrungen eine Entscheidung für den Lebensweg nach dem Abschluss treffen zu können. Lernende an Deutschlands Schulen benötigen mehr Aufklärungsarbeit von entsprechenden Koordinatoren für berufliche Orientierung. Alle Schulen jeglicher Schulformen müssen den Lernenden Möglichkeiten für eine breitgefächerte Berufsorientierung bieten, damit sie bereits in der Schule über die Perspektiven ihres späteren beruflichen Werdegangs erfahren und lernen können.

Außerdem sollen Lehrkräfte Fortbildungen zum Thema Berufsberatung erhalten, um Lernende darüber aufklären zu können. Um den Übergang von Schule ins Berufsleben besser zu gestalten, ist die Berufsberatung und -bildung eine zentrale Aufgabe innerhalb der Schule. Dabei sollen verschiedene Berufsbilder der Schülerschaft vermittelt werden, damit diese bestmöglich auf das Berufsleben vorbereitet.

Stärkerer Fokus auf mentale Gesundheit

A stylized graphic of a human head in profile, facing right, rendered in a light orange color. Inside the head, several puzzle pieces are arranged, symbolizing mental health and cognitive processes.

Stress reduzieren, Resilienz fördern

Probleme mit Blick auf mentale Gesundheit sowie psychische Krankheiten wurden besonders durch die Corona-Pandemie in den gesellschaftlichen Mittelpunkt gerückt. Seit Langem ist hiervon auch der Raum Schule betroffen. Hier leiden Jugendliche schon im jungen Alter unter starkem Leistungsdruck, sozialen Spannungen und daraus resultierendem Stress. Jugendliche werden dabei aktiv daran gehindert, ihre bestmöglichen Leistungen zu erreichen. Folgen von Stress sind dabei nicht selten Unzufriedenheit und eine Abneigung gegenüber der Schule. Ziel ist jedoch der Anspruch, die Lernenden zur bestmöglichen Nutzung ihres individuellen Potenzials zu ermutigen, ohne sie übermäßigem Stress und Leistungsdruck auszusetzen. Stressprävention und Stressmanagement an Schulen müssen dabei schon früh den Lernenden nähergebracht werden und auch in der Gestaltung des Schulalltags elementarer Bestandteil sein. Für die Vermeidung von Stress müssen die Aufgaben der Lernenden angepasst werden, um insbesondere den Leistungsdruck zu minimieren. Die individuelle Förderung der Lernenden nach eigenem Bedarf und die Gleichbehandlung aller Lernenden unabhängig der erbrachten Leistungen ist dabei ein Muss. Besonders die soziale Ausgrenzung von Lernenden muss durch die Institution Schule aktiv verhindert werden. Die hierfür benötigten Mittel sollen vom Bund gestellt und finanziert werden.

Schulpsychologie unerlässlich stärken

Die Schulpsychologie muss weiter institutionalisiert und neue Stellen dafür geschaffen werden. Im Hinblick auf den Fachkräftemangel in diesem Bereich soll dieser Beruf attraktiver gemacht werden, indem höhere Löhne bezahlt, bürokratische Hürden gesenkt und Psychologiestudierende auf den Beruf aufmerksam gemacht werden.

Gemeinsam für die Zukunft der Bildung



Bundesweit gerechte Vereinheitlichung von Abschlüssen

Deutschland hat durch seinen Bildungsföderalismus eine Sonderstellung. Er sorgt für Unterschiede in den Bildungssystemen des Bundes, welche die notwendige Möglichkeit der stetigen Entwicklung mit sich bringen. Jede Schulform muss sich immer wieder an ihr, sich veränderndes Umfeld anpassen. Auf welche Schulformen die Bundesländer setzen und wie sie diese im stetigen Wandel ausgestalten, muss die Kompetenz der verschiedenen Länder selbst sein. Aus unserer Sicht muss diese Möglichkeit dafür genutzt werden, um in jeder Region die optimale Schulform mit möglichst zielgerichteter Förderung zu gewährleisten.

Wir erkennen aber auch Probleme des Bildungsföderalismus wie etwa mangelnde Vergleichbarkeit an und fordern eine stärkere Kooperation zwischen den Bundesländern sowie eine Aufhebung des grundsätzlichen Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern.

Reform für angemessene Bildungsfinanzierung

Bildung ist ein grundlegender Pfeiler einer starken demokratischen Gesellschaft. Daher ist eine Investition in Bildung zwangsläufig eine Investition in einen starken demokratischen Staat. Ein gutes Bildungssystem ist die Grundlage dafür, dass Lernende selbstständig und mündig erzogen werden. Damit es nicht bereits an der Ressourcenfrage scheitert, erachten wir eine Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen in Bildungsfragen als unabdingbar. Die Verteilung der Steuereinnahmen (und deren rechtliche Grundlagen) müssen zu Gunsten der Länder verändert werden, um die Investitionen in Bildung nachhaltig und dauerhaft zu stärken und allen Lernende gute Bildung zu ermöglichen. Gleichzeitig müssen die Länder dann in ihren Haushalten einen höheren Stellenwert auf Bildung legen.

Förderprogramm für Schulsanierungen

Viele deutsche Schulen sind in einem maroden baulichen Zustand und müssen dringend saniert oder gar neu gebaut werden. Dafür müssen finanzielle Mittel des Bundes bereitgestellt werden. Wir fordern deswegen ein entsprechendes Förderprogramm von 10 Milliarden Euro für Schulsanierung, und zwar ohne Bedingungen und ohne kommunalen Anteil. Man beziffert den Sanierungsbedarf auf ca. 50 Milliarden € im Schulbereich, das Programm wäre also für die bedürftigsten 20 % bestimmt. Der Lernerfolg wird durch den schlechten baulichen Zustand einer Schule nachweislich beeinträchtigt.

Fazit

Für uns ist klar: Bildung ist Zukunft. Gute Bildungspolitik ist daher die effektivste Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik. Wir müssen bei Digitalisierung und Lebensvorbereitung massiv aufholen, ausreichend Geld ein- und Stellen besetzen, Pädagogik und Staat für die Zukunft reformieren; wir brauchen eine umfassende Bildungswende. Jetzt.

Impressum

Bundessekretariat der Bundesschülerkonferenz
% Stiftung Bildung, Am Festungsgraben 1, 10117 Berlin
mail@bundesschuelerkonferenz.eu | 01579-2467550 | www.bundesschuelerkonferenz.com

Über die Bundesschülerkonferenz (BSK): Die Bundesschülerkonferenz (gegründet 2004) ist die Ständige Konferenz der Landesschülervertretungen der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und behandelt Angelegenheiten der Bildungspolitik von überregionaler Bedeutung mit dem Ziel einer gemeinsamen Meinungs- und Willensbildung und der Vertretung gemeinsamer Anliegen. Die Bundesschülerkonferenz ist überparteilich und überkonfessionell. Sie tritt für ein chancengerechtes Bildungssystem ein, das alle Lernenden in ihrer Vielfalt berücksichtigt und auf die Zukunft vorbereitet.